

LESERBRIEF

Verfassung: Nicht die Katze im Sack!

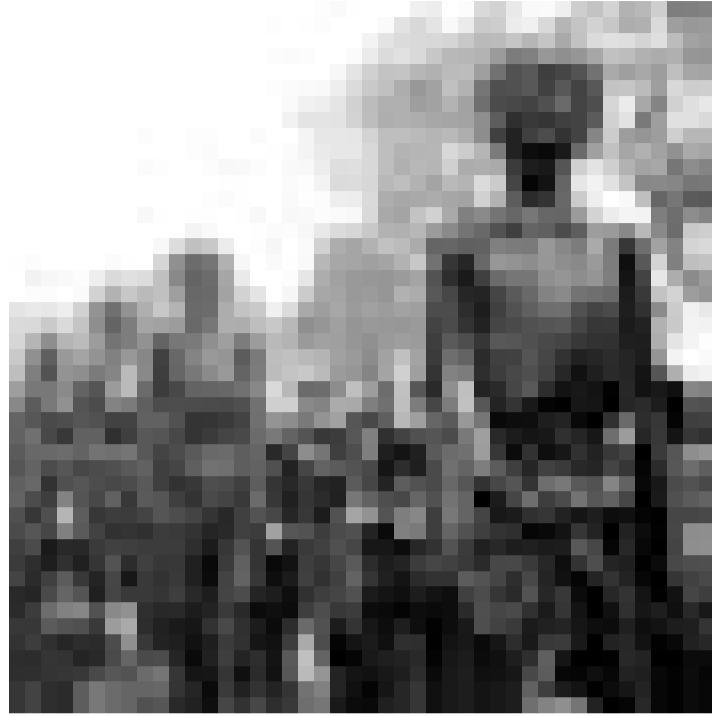
Der europäische Verfassungsentwurf stellt die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger in den Hintergrund. Kein Wunder, schreibt André Kremer, denn der verfassungsgebende Prozess verläuft höchst undemokratisch.

Diese europäische Verfassung, um die seit Monaten so heftig gerungen wird, ist eigentlich gar keine. Der vom Konvent ausgearbeitete Vorschlag ist ein Vertragsentwurf für ein Abkommen zwischen verschiedenen Regierungen! Es lag nie in der Absicht der Regierungen der bestehenden Europäischen Union, einen regelrechten verfassungsgebenden Prozess in die Wege zu leiten. Die Ausarbeitung, Diskussion und Beschließung einer regelrechten Verfassung bedeuten nämlich, von der breiten Bevölkerung auszugehen, und einen langwierigen Prozess von unten nach oben, für einen neuen umfassenden, demokratisch legitimitierten Gesellschaftsvertrag einzuleiten.

Die EU-Regierungen aber haben den genau entgegengesetzten Weg eingeschlagen. Die Exekutiven der EU und der verschiedenen Mitgliedsstaaten haben auf Grund der sich im Verlauf des EU-Aufbauprozesses häufenden Schwierigkeiten lediglich versucht, diesen in einen etwas kohärenten, übersichtlichen und juristisch abgesicherten Rahmen zu gießen. Um diesen Prozess einigermaßen ausgelotet und im Konsens

über die Bühne zu bekommen, haben sie sich ein beratendes Gremium geschaffen, den Konvent. Der durfte die vom Konventspräsidium vorgeschlagenen und unter der Einflussnahme der verschiedenen Regierungen immer wieder abgeänderten Entwürfe begutachten und teilweise beeinflussen. Doch die Entscheidung über die so genannte Verfassung liegt allein bei den Regierungen, und die vom Konvent geleistete Arbeit bestand eher in einer Art Lobby- und Pressure-Arbeit, als in einer demokratisch legitimitierten Diskussion. Vielleicht, wenn die Exekutiven denn gnädig sind, darf das Volk in einem Referendum den ausgearbeiteten Entwurf nachträglich gutheißen oder ablehnen.

Eine solche Prozedur hat in meinen Augen nicht das Geringste mit einer demokratischen Diskussion und Beschlussfassung über eine Verfassung zu tun! Zum Beispiel hätte man parallel in allen europäischen Staaten und auf europäischer Ebene verfassungsgebende Versammlungen wählen können, welche mit einem klaren demokratischen Mandat sich Zeit genommen hätten um das Euro-



Kundgebung für ein anderes Europa am 16. November in Paris.
(Foto: FSL)

pa von Morgen zu entwerfen. Die EU-Regierungen haben es in gewohnter Manier vorgezogen, die Legislative nur als eine Art Mittel zur Durchsetzung ihrer Vorhaben zu benutzen.

Mag sein, dass die luxemburgischen (nicht demokratisch legitimitierten) Vertreter im Konvent sich sehr viel Mühe gegeben haben um auf irgendetwas einzuwirken. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass es keine breite demokratische Diskussion und Beschlussfassung zu den Konvent-Vorschlägen (genannt Verfassung) gegeben hat und geben soll. Der geplante "normale" EU-Bürger (und Neu-EU-Bürger) hat na-

türlich das Recht, sich durch Zeitungsartikel aller Couleur und tausende von unverständlichen und unüberschaubaren Entwürfen, Kommentaren und Bemerkungen zu wühlen. Mit dem elementaren demokratischen Recht auf (Mit)Bestimmung der Zukunft Europas (also seiner eigenen) hat das allerdings nichts zu tun.

Wenn dem Bürger nicht zugemutet wird, über seine Zukunft zu bestimmen, dann sehr oft, weil die ihm zuge dachte Zukunft nicht so rosig sein wird, wie immer behauptet. Im Gegenteil, sie wird wohl eher der bekannten Realität ähneln oder schlechter ausfallen. Abgenutzt und ent-

mutigt durch die monatelangen Diskussionen über die Anzahl der nationalen Vertreter in nicht mehr überschaubaren möglichen Gremien und Funktionen, sieht er (und so soll es wohl sein) vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Denn das Wesen, der Inhalt der so genannten Verfassung ist wohl für fast die Gesamtheit der EU-Bürger ein Buch mit sieben Siegeln. Wer weiß denn wirklich, außer den Spezialisten, was genau in dem Vertragsentwurf enthalten ist? Den verschiedenen sozialen Bewegungen und Organisationen ist es zu verdanken, dass in den letzten Monaten und Wochen so manches zu Tage gekommen ist.

Fakt ist, dass Sinn und Zweck des Vertragsentwurfes nicht die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen und die Erfüllung der Bedürfnisse auf allen Ebenen für alle Menschen in Europa (und besonders für die schlechter Gestellten) ist, sondern die Gewährleistung der besten Bedingungen für den freien Geld- und Warenverkehr und für die freie Konkurrenz!

Fakt ist, dass diese Prämisse den ganzen Vertrag wie ein roter Faden durchzieht. Sie bestimmt auch die eigentlich wichtigsten Zielsetzungen, wie die anzustrebenden allgemeinen Werte oder das Soziale. Bei den Werten fehlt nicht ganz zufälligerweise die Solidarität, und Sozialpolitik kann und darf sich nur im Rahmen der durch die "grossen politischen Leitlinien" bestimmten neoliberalen Wirtschaftspolitik bewegen.

(...)

Es ist jetzt wohl so langsam an der Zeit, die verpassten Gelegenheiten nachzuholen, und eine komplette und egalitäre Diskussion unter allen Bürgern zu organisieren. Beiträge in der Presse, öffentliche Debatten, Mitteilungen an alle Einwohner usw., immer die Für- und Wider-Position zu gleichen Teilen wiedergebend, könnten eine wirkliche öffentliche Diskussion bewirken und zumindest eine Entscheidungshilfe bieten im Hinblick auf ein bindendes Referendum in sämtlichen EU-Mitglied- und Kandidatenstaaten. Findet ein solcher Diskussionsprozess nicht statt, wird ein eventuelles Referendum wohl mehr zu einem Plebiszit, wo mit massiver Propaganda und Beeinflussung die Bürger zu Stimmstatisten degradiert werden.

Nichtsdestotrotz ist das Abhalten eines bindenden Referendums wohl die einzige ihnen verbleibende Möglichkeit, überhaupt ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und sich gegebenenfalls gegen das von oben herab verordnete ultraliberale Europa zu entscheiden. Und es ist besser, jetzt eine Denkpause einzulegen und zu versuchen, eine wirkliche öffentliche Debatte über Alternativen anzustreben, als sich dieses faule Ei ins Nest legen zu lassen und sich über Jahrzehnte hinweg in einem festgefügten neoliberalen Rahmen bewegen zu müssen.

André Kremer

COURRIER

Voulez-vous une constitution qui ...?

L'Initiative pour la démocratie critique vivement le projet de Constitution européenne. En ligne de mire: le manque de démocratie et l'orientation néo-libérale.

La dernière enquête "Eurobarometer" confirme que plus de deux tiers des citoyens de l'Union européenne sont en faveur d'une constitution européenne et plus de 80 pour cent sont en faveur d'un référendum populaire concernant la constitution proposée. La brochure "Objectif: une Constitution pour l'Europe" distribuée récemment, donne certaines informations

sur le projet en général, ses institutions et certaines améliorations prévues dans le processus de la construction de l'Union européenne.

Les citoyens qui donneront leur avis sur la constitution proposée lors d'un référendum n'ont malheureusement que la possibilité de dire oui ou non à la proposition unique. Certaines propositions alternatives intéressantes élaborées notamment par la société civile et présentées dans le cadre du Forum de la Convention restent en dehors du débat et ainsi sans conséquences. Selon la brochure citée, le débat se veut ouvert et transparent. Chaque citoyen est appelé à y participer. Mais la brochure est loin de tout dévoiler. Heureusement la page 8 indique les adresses où on peut demander gratuitement le texte complet du projet. Il est vivement conseillé de se le procurer, car les détails du texte sont loin d'être sans conséquences. Voici quelques exemples:

Democratie: Voulez-vous une constitution sans assemblée constituante élue démocrati-

quement et élaborée sans débat politique en profondeur sur le fond, dépassant les questions des institutions européennes futures? Voulez-vous une constitution qui inscrit dans le marbre des orientations politiques qui devraient être périodiquement rediscutées ouvertement et démocratiquement?

Voulez-vous une constitution qui maintient le caractère peu démocratique du système actuel, où un rôle central revient à la négociation intergouvernementale largement affranchie de tout contrôle? Cela favorisera, surtout après l'élargissement, l'impuissance et le transfert vers les organes technocratiques.

Neo-libéralisme: Voulez-vous une constitution qui institue un marché unique où la concurrence est libre et non faussée (I. art. 3), aussi bien à l'intérieur de la Communauté, que dans ses relations avec le reste du monde (position européenne pour les négociations concernant l'AGCS de l'OMC)? Relevons qu'une partie spécifique sur les services publics fait défaut dans la proposition actuelle et que la primauté du marché joue également dans le cas de troubles intérieurs graves, de guerre ou de menace de guerre, cas où les Etats membres se consultent pour éviter que les mesures prises par l'Etat membre concerné n'affectent le fonctionnement du marché intérieur (III. art. 16).

Voulez-vous une constitution où la concurrence est un objectif et une norme supérieure de l'Union? Et où la coopération et la solidarité ne font pas partie des valeurs énumérées à l'article 2 du premier chapitre?

Paix: Voulez-vous une constitution qui exige des Etats membres qu'ils s'engagent à améliorer progressivement leurs capacités militaires (I. art. 40 § 3)?

Droit au travail: Voulez-vous une constitution où le droit au travail (art. 11 de la constitution luxembourgeoise actuelle) est remplacé par le droit de travailler (II. art. 15) et où l'unanimité est requise pour les normes relatives à la protection des travailleurs en cas de résiliation de contrat de travail ou la représentation et la défense collective des travailleurs?

Environnement: Voulez-vous une constitution ou toute une série de mesures relatives à l'environnement exige également l'unanimité, ce qui signifie qu'en pratique aucune mesure significative ne pourra être prise dans ce domaine?

Initiative pour la promotion de la démocratie a.s.b.l.

www.demokratie.lu

Chaque voix compte ...
Action en faveur d'un référendum dans la zone piétonne, le 6 décembre.



(Photo: Initiative pour la promotion de la démocratie)